



Ohne Rücksicht auf andere Menschen, ohne Abstand und Mundschutz, dafür mit Reichsflaggen, Nazi-Tattoos und -Ansteckern, antisemitischer und rechter Propaganda: Die Demo gegen die Schutzmaßnahmen vor Corona am 1. August in Berlin. Darunter zahlreiche bekannte Neonazis und Hooligans.

Union gehört in die Opposition

DIE LINKE strebt auch im Bund Regierungsbeteiligung an

! Für das Sommerinterview des ZDF interviewte Shakuntala Banerjee die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping. Das Gespräch fand in Prohlis, einem Plattenbaugelände in Dresden, statt. Kipping hatte Prohlis unter anderem vorgeschlagen, weil hier jeder Dritte auf Sozialleistungen angewiesen ist. Interviews sollten, so Kipping nicht nur an Orten stattfinden, die wie Postkartenmotive aussehen, sondern auch dort, wo Menschen jenseits der Postkartenidylle leben. Menschen, die es im Leben nicht immer leicht haben und trotzdem ihr Leben irgendwie meistern.

Zu den Inhalten der Politik der LINKEN fragte, erklärte Kipping: „Wir haben die Klimakrise, wir haben soziale Spaltungen, wir haben den Rechtsruck. Und

diesen Krisen zu begegnen brauchen wir eine sozial-ökologische Wende. Die kriegen wir aber nur umgesetzt, wenn alle Kräfte links der Union zusammenarbeiten und wenn die LINKE deutlich stärker wird, weil wir sind darin der kämpferischste Teil.“ Es sei ein großer Irrtum, man könne Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auspielen. Kipping unterstrich, dass DIE LINKE es geschafft habe, dass der Pflegenotstand oder bezahlbares Wohnen heute auf der Agenda stünden.

Auf die Umfragen, in denen die LINKE aktuell wieder schlechter dasteht angesprochen erklärte Kipping: „Die LINKE hat das Potential, bundesweit zweistellig zu werden und bis zu 15 Prozent zu kommen. Viele Menschen, die viel Sympathien für unsere Inhalte haben, be-

zweifeln aber, dass wir das wirklich umsetzen können“. Weil sie die Erfahrung gemacht haben, was Opposition nicht erreichen kann. Es komme also nicht nur darauf an, die richtigen Fragen anzusprechen, sondern auch zu versuchen das umzusetzen. Deshalb strebe die LINKE eine Regierungsbeteiligung an, auch im Bund. „Wir müssen uns für die Bundestagswahlen im kommenden Jahr so aufstellen, dass die CDU auf die Oppositionsbank gesetzt wird“

Auch auf die Demonstration der Corona-Leugner ging die Parteivorsitzende in dem Interview ein. Bei einem Demonstrationszug und einer Kundgebung in Berlin hatten die Teilnehmer am 1. August ein Ende aller Auflagen zur Eindämmung der Pandemie gefordert. Es sei mittlerweile bekannt, dass insbesondere

Danke für Deine Arbeit

Am 2. August hat Katrin Lompscher ihren sofortigen Rücktritt als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen erklärt. Es hatte Fehler bei der Abrechnung von Entschädigungen für ihre Arbeit in Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften gegeben. Trotz sofortiger Rückzahlung zu viel einbehaltener Gelder und einer steuerrechtlichen Klärung beim Finanzamt ist der Rücktritt für sie die notwendige Konsequenz. Dies war für uns alle ein Schock. Wir nehmen ihre Entscheidung mit dem größten Respekt zur Kenntnis. Es ist selten geworden, dass Politiker:innen Fehler umgehend einräumen, diese beheben und Konsequenzen ziehen. Wir danken Katrin von Herzen für ihre geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Ihre Kooperationsbereitschaft und -Fähigkeit, ihr Mut auch schwierige Konflikte zu bewältigen, ihre Beharrlichkeit und ihr Ideenreichtum haben eine mieten- und stadtentwicklungspolitische Wende zugunsten der Berlinerinnen und Berliner befördert. Die von ihr angestoßenen politischen Auseinandersetzungen werden wir mit aller Kraft weiterführen.

kränkere, ältere und einkommensschwächere Menschen stärker unter dem Coronavirus litten, sagte Kipping. Gleichwohl sei es Ausdruck der Stärke der Demokratie, dass solche Demonstrationen möglich seien. Doch das was auf dieser Demo gefordert wurde, so Kipping, ist ein Aufruf zur Rücksichtslosigkeit, und die kritisiere ich aufs schärfste.

■ ■ Karl Forster



<http://gleft.de/3Z6>

Gysi meint...

Ausbeutung stoppen

” Die Zustände in den Fleischkonzernen sind nicht erst seit den Corona-Ausbrüchen skandalös. Weder Arbeitnehmerrechte noch das Tierwohl haben in diesen auf Maximalprofit getrimmten Unternehmen eine Chance. Das Virus hatte es leicht, weil die Werkverträge den Beschäftigten kaum Möglichkeiten ließen, auf die nötigen Abstands- und Hygieneregeln zu achten. Selbst Beschäftigte mit

Krankheitssymptomen wurden an die Zerlegebänder geschickt. Diese Lohnklaverei, bei denen die Betroffenen für 200 und mehr Stunden schwere Arbeit im Monat kaum mehr als 1.500 Euro netto bekamen, muss unverzüglich beendet werden. Nichts kann eine solche Ausbeutung rechtfertigen. Clemens Tönnies ist auf diese Weise Milliardär geworden und hat sich bei der CDU durch großzügige Spenden

„bedankt“. Um die Zustände in der Fleischindustrie zu ändern, muss der Staat endlich seine eigenen Gesetze durchsetzen und Fehlregelungen korrigieren. Dass Tönnies nun flugs 15 Firmen gründet, die weniger als 50 Werkvertragsarbeiter beschäftigen, weil das Verbot solcher Verträge für Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten angekündigt ist, zeigt wie wichtig die generelle Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit ist. Es geht um vernünftige Arbeits- und Lebensbedingungen, deren Einhaltung künftig viel schärfer kontrolliert werden muss. Tönnies und Co.

machten dann wohl weniger Profit. Daran gingen sie nicht zugrunde, aber andere lebten menschenwürdiger. Wer jetzt schnell nach einer Preiserhöhung für Fleisch und Fleischprodukte ruft, macht es sich zu einfach. Nicht nur, weil sozial Benachteiligten deren Konsum tendenziell unmöglich gemacht werden würde. Sondern vor allem, weil in der Fleischindustrie ohne bessere Arbeitsbedingungen letztlich alles beim Alten bliebe. Das aber kann man sich, wie Corona zeigt, schlicht nicht mehr leisten.



Wie weiter mit der Berliner S-Bahn

Umfassenden Schutz der Arbeitnehmer*innen gefordert



Hunderttausende Pendlerinnen und Pendler, die mal eben in die Bahn steigen und zur Arbeit, zur Schule oder zum Ausflug fahren – eine Großstadt wie Berlin ist auf eine moderne und funktionierende S-Bahn zwingend angewiesen.

Was ist der Stand der Dinge? Derzeit betreibt und wartet die S-Bahn Berlin GmbH, ein Unternehmen des bundeseigenen Deutsche Bahn-Konzerns, alle S-Bahnen in der Region im Auftrag des Landes Berlin und des Landes Brandenburg. Aktuell werden die Weichen dafür gestellt, die S-Bahn auf die Zukunft vorzubereiten.

Bereits der Vorgängersenat aus SPD und CDU hatte entschieden, dass die Ausschreibung der S-Bahn Leistungen auf mehrere Teilnetze (jeweils mehrere S-Bahn-Linien) aufgeteilt wird – eine Entscheidung, die DIE LINKE weiter für falsch hält. Der Zuschlag für die Ringbahn-Linien ging so bereits 2015 für den Zeitraum 2021–2035 wieder an die S-Bahn Berlin GmbH. Die übrigen Strecken des S-Bahn-Netztes müssen jetzt neu ausgeschrieben werden. Eine »freihändige« Direktvergabe der entsprechenden Leistungen ist aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben nicht möglich. Denn Berlin verfügt aktuell leider nicht über ein eigenes Unternehmen, das diese Leistungen selbst erbringen könnte. Was ist geplant? Bei der nun geplanten Ausschreibung gibt es ein sogenanntes Kombinationsverfahren. Interessenten

können sich auf insgesamt vier Teil-Lose entweder einzeln oder auf alles zusammen bewerben: den Fahrbetrieb sowie die Instandhaltung der für den Betrieb erforderlichen neuen S-Bahn-Wagen einschließlich Beschaffung. Dies jeweils für die beiden Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn. Damit bleibt die Möglichkeit erhalten, dass das Netz wie bisher von einem Unternehmen betrieben wird. Es ist allerdings auch möglich, dass so zukünftig mehrere Unternehmen im S-Bahn-Netz unterwegs sind. Diese Form der Ausschreibung stellt einen Kompromiss innerhalb der rot-rot-grünen Koalition dar: Während die Grünen und die von ihnen geführte Verkehrsverwaltung ermöglichen wollen, dass künftig verschiedene Unternehmen die S-Bahn betreiben können, lehnt DIE LINKE eine Zerschlagung der S-Bahn ab. Einen reibungslosen Betrieb der S-Bahn halten wir nur dann für zu gewährleisten, wenn die S-Bahn auch weiterhin aus einer Hand betrieben wird.

Und jetzt? Aktuell werden die letzten Details der S-Bahn-Ausschreibung verhandelt. Dabei setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass sich Dumpinganbieter bei der Auftragsvergabe keine Vorteile verschaffen können und die Ausschreibung nicht zu Lasten der Beschäftigten geht. Sie halten unsere Stadt am Laufen und wir brauchen sie. Wettbewerb auf ihrem Rücken lehnen wir ab. Für die Ausschreibung müssen deshalb

folgende Kriterien verbindlich festgeschrieben werden:

- Umfassende Beschäftigungssicherung aller bisherigen Beschäftigten!
- Keine Verschlechterung bei Löhnen und anderen Regelungen durch Untertarifen bestehender Tarifverträge!
- Verpflichtung auf eine Mindestzahl an Ausbildungsplätzen und Sicherung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus!

Wie weiter? DIE LINKE lehnt eine Zerschlagung der S-Bahn weiter ab. Die Entscheidung über die tatsächliche Vergabe der S-Bahn-Leistungen wird allerdings erst nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens voraussichtlich Anfang 2022 getroffen. Für DIE LINKE bleibt dabei klar: Zentrales Kriterium für

Foto: Wikipedia



DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Ausschreibung der S-Bahn nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

folgende Kriterien verbindlich festgeschrieben werden:

- Umfassende Beschäftigungssicherung aller bisherigen Beschäftigten!
- Keine Verschlechterung bei Löhnen und anderen Regelungen durch Untertarifen bestehender Tarifverträge!
- Verpflichtung auf eine Mindestzahl an Ausbildungsplätzen und Sicherung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus!

Wie weiter? DIE LINKE lehnt eine Zerschlagung der S-Bahn weiter ab. Die Entscheidung über die tatsächliche Vergabe der S-Bahn-Leistungen wird allerdings erst nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens voraussichtlich Anfang 2022 getroffen. Für DIE LINKE bleibt dabei klar: Zentrales Kriterium für

die Vergabe der S-Bahn-Leistungen muss ein reibungsloses Schnittstellenmanagement sein. Das heißt, es muss sichergestellt sein, dass die verschiedenen S-Bahn-Leistungen störungsfrei ineinandergreifen. Dies geht aus unserer Sicht nur, wenn die S-Bahn von einem Unternehmen aus einer Hand betrieben wird. Dafür werden wir uns im laufenden Ausschreibungsverfahren weiter einsetzen. Zugleich werden wir weiter daran arbeiten, dass die S-Bahn perspektivisch von einem landeseigenen Unternehmen betrieben wird. Auf die Unwägbarkeiten eines solchen Ausschreibungsverfahrens könnte dann verzichtet werden. Das wäre dann gut für die Beschäftigten bei der S-Bahn und für die S-Bahn-Kundinnen und -Kunden sowieso.

Diskussionen um Zukunft sind systemrelevant

Linksjugend im Gespräch mit Christian Kerntopf



Ein nicht ganz alltägliches Basistreffen der Linksjugend war das am letzten Sonntag im Juli – nicht, weil es digital stattfand, da haben wir mittlerweile Übung drin. Sondern weil mit Christian Kerntopf, vielen besser als „Kerni“ bekannt, der bisher einzige Kandidat für den Bezirksvorsitz der Partei DIE LINKE unserer Einladung gefolgt ist.

Im Rahmen seiner Vorstellung durfte er auch gleich die vielleicht nicht ganz ernst gemeinte Frage, warum er sich „das antuen will“ beantworten:

„Nachdem Carsten Schatz auf der vorletzten Hauptversammlung angekündigt hat, nach acht Jahren nicht mehr für den

Bezirksvorsitz zu kandidieren, passierte erstmal lange: Nix“, erklärte der Vorsitzende des Integrationsausschusses der BVV.

Dabei müssten wir uns im Bezirk stärken und für Klarheit sorgen: Immerhin stehen im nächsten Jahr gleich drei Wahlen zeitgleich an. Insbesondere das Erstarken der AfD bereite ihm Sorgen. Durch Corona ist aber auch klar geworden: Wir als LINKE sind wichtig. Denn wir sind die einzige Partei, die die Systemfrage konsequent stellt – und recht hat Kerni, wenn er fragt: „Warum wurde bei Corona immer nur gefragt, wann die Kitas wieder aufmachen – nicht aber, warum Arbeitsstrukturen so gestaltet

sind, dass sie es unmöglich machen, Arbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen?“

Nur wenn wir als LINKE Verantwortung übernehmen, können wir die bestehenden Strukturen ändern – auch wenn das natürlich nicht „Regieren um jeden Preis“ heißen dürfte. Um aber nach Außen effektiv werben zu können, müssten wir unsere Internen Strukturen verstärken und insbesondere die Kommunikation untereinander aber auch nach außen verbessern, erklärte er; „Dabei heißt besser machen aber nicht, dass bisher alles schlecht war. Ich trete nicht an, um alles von Grund auf zu ändern“. Vor allem wolle er die nötigen Prozesse moderieren und „das große Ganze im Blick behalten“.

Neben der Beantwortung vieler anderer Fragen wirft er dazu konkret schon einige Themen auf: Wie kann die langfristige Integration von Genoss*innen der Linksjugend in die Partei hinein gelin-

gen? Wie können BOen aktiver werden, wann und wie lohnen sich den BOen übergeordnete, aber trotzdem lokale Strukturen? „Die BOen selbst müssen dabei aber natürlich erhalten bleiben und nicht in Konkurrenz gestellt werden“, ergänzt er. Zudem müssen wir uns fragen, ob wir Videokonferenz-Formate verstetigen können und wie wir es schaffen, auch jungen Familien und Berufstätigen politische Teilhabe zu ermöglichen – auch mehr Veranstaltungen am Wochenende seien da vorstellbar.

Bewährtes bewahren und sich dem Neuen nicht verschließen – daran muss sich unser Bezirksverband und mit ihm auch die oder der Vorsitzende messen lassen. Wir finden: Kerni kann das und begrüßen seine Kandidatur deswegen ausdrücklich und möchten unseren Basisorganisationen empfehlen: Ladet ihn ein und kommt ins Gespräch – es wird sich lohnen!

■ ■ Joshua Fehrenz



Aus
dem

Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 262
August 2020
Fraktion DIE LINKE
in der BVV Treptow-Köpenick



Foto: Joseph Rohmann

Beschlossen

Beschlüsse

- VIII/0924** Baden in der Spree in Treptow Nord (B90/Grüne)
- VIII/0952** Straßenbahn-Lückenschluss zwischen FEZ Wuhlheide und Regionalbahnhof Ostkreuz (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)
- VIII/0941** Sichere Querung des Fürstenwalder Damms (SPD, DIE LINKE)
- VIII/0959** Mehr Standorte für die Altglassammlung (CDU, Beitritt: DIE LINKE)
- VIII/1025** Nachhaltige klimagerechte Sanierung der Grünanlage Südostallee / Zum Alten Fenn (SPD, DIE LINKE, Beitritt: FDP)
- VIII/1036** Informationstafeln rund um den Müggelsee aufstellen (DIE LINKE)
- VIII/0925** Fußgängerüberweg Altglienicke Kirche (Einzelverordnete FDP, Beitritt: DIE LINKE)
- VIII/0935** Kennzeichnung und Teil-Ausbau einer Radanlage am Teltowkanal (DIE LINKE)
- VIII/0995** Radwegauffahrten und Radwegenden auch außerhalb von Kreuzungen und Einmündungen sicher gestalten (DIE LINKE, SPD)
- VIII/1026** Fußverkehr in Schöneweide fördern (DIE LINKE, SPD)
- VIII/0980** Emissionsschutzwand auf der Ostseite des 16. Bauabschnitts der A 100 realisieren (SPD, DIE LINKE, Beitritt: CDU)
- VIII/1116** Unterrichtsangebote der Musikschule sichern (SPD, DIE LINKE, CDU, B90/Grüne, Einzelverordnete FDP)
- VIII/0956** Zügiger Ausbau der bezirklichen Elektroladeinfrastruktur durch Wirtschaftsförderungsmaßnahmen (B90/Grüne, SPD, DIE LINKE)
- VIII/1095** Seddinwall für wasserwandersportliche Nutzung, als Wanderrastplatz und Naturerfahrungsraum erhalten (Sportausschuss)
- VIII/1105** Dauerhafte Sicherung des Projekts „Novilla“ (Ausschuss für Weiterbildung und Kultur)

Politik mit Abstand, und mit Zuschauern. In der Sporthalle des Archenhold-Gymnasiums Schöneweide.

Politik in der Sporthalle

Unterrichtsangebot der Musikschule sichern

Die Coronapandemie wirbelt einiges durcheinander. Auch die Bezirkspolitik in Treptow-Köpenick sucht weiter nach guten Möglichkeiten um auch in dieser Situation weiter aktiv zu bleiben. Nachdem die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Mai hinter Plexiglas, ohne Zuschauer:innen und in Minibesetzung stattfand, zog die BVV im Juni in die Turnhalle des Archenhold Gymnasiums in Schöneweide um. Die großzügigen Platzverhältnisse erlaubten dort eine vollständige Sitzung mit allen 55 Verordneten und sogar Zuschauer:innen bei gleichzeitiger Einhaltung des schützenden Abstandes von 1,5 Metern. Vor der Turnhalle protestierte ein En-

semble der Musikschule mit einer Musikaufführung dafür wieder ihre angestammten Räume zu nutzen, die aber noch von der Corona Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamts benötigt werden. Drinnen bot die zuständige Stadträtin Cornelia Flader (CDU) ein noch traurigeres Bild. Gefragt, warum sie bei der absehbaren Wiedereröffnung der Musikschule nicht Maßnahmen ergriffen hätte um neue Räume zu finden, antwortete sie, Ihr sei die Emotionalität des Themas nicht klar gewesen. Kaum zu glauben, wie so eine Auffassung entstehen kann bei einer Institution, die seit Jahren immer wieder viel diskutiertes Thema in der BVV ist. Flader war seit 2011 Bezirksverordnete,

bevor sie 2016 Stadträtin wurde. „Ich finde diese Einschätzung absolut unverständlich. Flader hätte die Brisanz durchaus geläufig sein müssen. Immer wieder haben sich die Nutzerinnen und Nutzer der Musikschule als auch die Beschäftigten vehement für ihre Belange eingesetzt“, kommentierte Edith Karge, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Damit die überraschte Stadträtin nicht bei der Prioritätensetzung nicht durcheinander kommt, gab ihr die BVV interfraktionell einen Antrag auf den Weg, das Unterrichtsangebot der Musikschule zu sichern. Dabei soll aber Rücksicht auf den Raumbedarf der Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamtes Rücksicht genommen, nach zusätzlichen dezentralen Standorten gesucht und die finanziellen Einbußen der Honorarkräfte minimiert werden.

Neue Geschäftsordnung

Sitzung soll kürzer und interessanter werden

Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich im Juni eine neue Geschäftsordnung gegeben. Ziel der neuen Verfahrensregeln ist, die Sitzungen zu straffen und die wesentlichen Debatten hervorzuheben. So sollen die Sitzungen nicht nur kürzer sondern auch interessanter für zusehende Bürger:innen werden. Bislang wurden Gäste vor Ort und am

Internet-Livestream vor allem mit einem stundenlangen Abstimmungs-marathon gelangweilt, insbesondere nachdem die AfD eine Konsensliste blockierte. Auch die Debatten gingen bisher oft mit endlosen Wortbeiträgen mit kaum verständlicher fachlicher Detailverliebtheit einher. Das soll künftig mit festen Redezeiten pro Fraktion und Prioritäten-

setzung bei den Debatten anders werden. Zusätzlich wurden die Voraussetzungen geschaffen, um Abstimmungen mit einer Abstimmungsanlage zu beschleunigen. Außerdem wurden die seit März praktizierten Videokonferenzen offiziell als Option für Sitzungen festgehalten.

Während die Vorschläge fraktionsübergreifend auf breite Zustimmung stießen, sahen sich vor allem einzelne Abgeordnete der SPD und der FDP in ihren Rechten beschränkt und den Untergang der kommunalen Demokratie gekommen.

In die Ausschüsse überwiesen:

- VIII/1091** Oberspreestraße fahrradfreundlicher gestalten (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)
- VIII/1097** Recht auf Home Office im Bezirksamt (DIE LINKE)
- VIII/1102** Zukunft für die Galerie Alte Schule Adlershof sichern (DIE LINKE, CDU, B90/Grüne)

Pro und Contra zur Nachverdichtung Kietzer Feld

Bürgerinitiative wehrt sich gegen Baustelle für mehr Wohnungen im bisherigen Wohngebiet



Berlin braucht mehr Wohnraum. Das gilt auch für Treptow-Köpenick. Ein möglicher Weg ist die „Nachverdichtung“, also Bau innerhalb eines Wohngebietes. Die Historikerin und Autorin Susanne Willems erläutert die Positionen die u.a. von der Bürgerinitiative Kietzerfeld vertreten werden. Uwe Doering erläutert als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen der BVV und Sprecher der Linksfraktion die Situation und die Möglichkeiten. Der verantwortliche Stadtrat dafür wird übrigens von der SPD gestellt, die in der BVV bislang nicht auf die Initiativen der LINKEN eingeht.

Zerstörung eines Wohngebiets?

Neue Wohnungen oder alten Baumbestand

Ob billig oder teuer - falsch ist Nachverdichtung, wenn diese ein Wohngebiet zerstört, das sich 60 Jahre als lebenswert bewährt hat: das Wohngebiet Kietzer Feld zwischen Dregerhoffstraße und Lienhardweg im Süden Köpenicks entlang der Wendenschloßstraße und beidseits der Grünen Trift.

Südlich „Zur Nachtheide“ gehören 20 der 22 schlanken viergeschossigen Wohnblöcke mit 880 Wohnungen der landeseigenen degewo.

Am 1. Oktober 2019 stellte sie erstmals ihre bereits ein Jahr verschwiegene Planung vor, die Grün- und Spielflächen und die Garagenareale mit 16 Fünfgeschossern zuzustellen und alle Wohnblöcke des Bestands um ein Geschöß aufzustocken.

Ein planerisches Plus von 450 Wohnungen für den Berliner Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 – eine Horrorvision gerade für die ältesten Bewohner*innen des Kietzer Felds, die lieb gewonnenen Baumbestand fallen sehen und Jahre ihres Lebensabends in einer Großbaustelle zubringen sollen. Autoren der Vorplanung sind Architekten und Ingenieure der Berliner Firma Dahm, die orientiert an der maximalen Bebaubarkeit von Grundstücken der degewo bereits am Straßenbahnbetriebshof eine grünlose, schrankenbewehrte Hinterhofbebauung ermöglicht haben.

Den Mieterbeirat hatte die degewo Anfang 2019 informiert und zum Stillschweigen verpflichtet. Die Aufstockung im 3. Bauabschnitt soll die degewo, so Bezirksstadtrat Hölmer, auf unbestimmte Zeit verschoben haben. Den 2. Bauabschnitt auf Garagen- und Genossenschaftsland der WBG Wendenschloß mußte die degewo um einen zehnten Fünfgeschosser kürzen. Ein Spielplatz und acht Linden sind gerettet. Mit dem 1. Bauabschnitt aber erklärt die degewo das gesamte Terrain zu verwüstbarem Baugrund, will im Herbst den Baumbestand fällen und eine Kette von neun Fünfgeschossern an die Stelle von Grün- und Spielflächen setzen.

Die BVV ersuchte am 12. Dezember 2019 in einstimmigem Beschluß das Bezirksamt, die degewo von genau dieser Planung abzuhalten. Hölmer und Be-

zirksbürgermeister Igel beteuerten umgehend die Ohnmacht des Bezirksamts gegenüber der degewo. Die Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloß erwartet deshalb von der BVV am 27. August 2020 einen zweiten Beschluß, der das Bezirksamt auffordert, dem erwarteten Bauantrag für diesen 1. Bauabschnitt die Genehmigung zu versagen, und zwar unter Verweis auf §§ 13(2) und 17(1) des Bezirksverwaltungsgesetzes, so daß die BVV widrigenfalls die Entscheidung über den Bauantrag gemäß § 12(3) BezVwG in eigener Zuständigkeit treffen kann.

Die Linke muß jetzt im Bezirk eindeutig handeln!

Die Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloß wirbt gemeinsam mit den Anliegern im und am Wohngebiet für eine städtebauliche Erhaltungsverordnung und bestreitet, dass das Bauvorhaben „Neubau einer Wohnanlage einschließlich Außenanlagen“ nach § 34 Baugesetzbuch genehmigungsfähig ist, weil es sich weder nach Art und Maß in die Umgebung einfügt noch verkehrlich hinreichend angebunden ist (www.bi-kietzerfeld.de).

Zudem schließt der gesetzliche Grundsatz des Planerhalts dessen Anwendung überhaupt aus, weil die Anlage des Wohngebiets auf zuvor landwirtschaftlichem Grund Ende der 1950er Jahre keinen „unbeplanten Innenbereich“ übrig gelassen hat.

Die Linke im Bezirk kann und muss verhindern, dass das Bezirksamt der degewo den umstrittenen 1. Bauabschnitt in Kürze wie angekündigt genehmigt, und das auch noch fiktiv: ohne jegliche Prüfung durch Zeitablauf.



● Susanne Willems
Mitglied BO
Wendenschloß

Mehr Wohn- und Lebensqualität

Frühzeitige Mitwirkungsmöglichkeit der Mieter

In Berlin und so auch in unserem Bezirk gibt es einen großen Bedarf an bezahlbaren Wohnungen. Wer sich um eine neue Wohnung bemüht, wird feststellen, dass Wohnungen mit Mieten angeboten werden, die von vielen Haushalten nicht bezahlbar sind.

Der Mietendeckel ist ein Ansatz, die Mieten zu deckeln und bezahlbar zu gestalten, das funktioniert aber nur, wenn zusätzlich genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Flächen, die in Berlin und im

Bezirk für den Wohnungsbau

zur Verfügung stehen,

werden knapper. Bau-

flächen werden auch

für soziale Einrich-

tungen, für Grün

oder für Gewerbe

gebraucht. Diese

Flächenkonkurrenz

führt natürlich zu

höheren Bodenprei-

sen – oft auch durch

Spekulation – und diese

wiederum verteuern den

Wohnungsbau und somit auch die

Mieten.

Was liegt also näher, als dass das Land

Berlin und die städtischen Wohnungs-

baugesellschaften auf eigenem Grund

und Boden bauen. Da gibt es neben freien

Bauflächen aber auch Flächen, auf

denen schon Wohnungen stehen. Bei

der Verdichtung von Wohnanlagen und

Kiezen sollte allerdings die zusätzliche

Bebauung die bisherigen guten und

gesunden Wohnverhältnisse bewahren.

In unserem Bezirk gibt es Mieterini-

tiativen, die sich gegen eine massive

Nachverdichtung der Wohnanlagen ein-

setzen. Nicht nur weil sie eine Ver-

schlechterung der bisherigen Wohnver-

hältnisse etwa durch Verschattung,

sondern auch negative Folgen auf die

soziale Infrastruktur befürchten.

Mit einigen Mieterinitiativen – so auch

die im Kietzer Feld – stehen Mitglieder

unserer BVV-Fraktion im ständigen Kon-

takt. Auch auf einer Sondersitzung des

Ausschusses für Stadtplanung hat die

degewo ihre Pläne den Mieterinitiativen

vorgelegt, erörtert und mit ihnen dis-

kutiert. Aus diesem Meinungsaustausch

sind Anträge für die BVV und diverse schriftliche Anfragen an das Bezirksamt entstanden. Bei diesen Initiativen ging es bei der Nachverdichtung in Wohnanlagen um den Erhalt der bisherigen Wohnqualität sowie um den Erhalt von

„Mehr Wohn- und Lebensqualität und echte Partizipation bei Verdichtung in bestehenden Wohnanlagen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften“

(Antrag an den Landesparteitag der DIE LINKE. Berlin im August 2020)

möglichst viel Grün und der bisherigen Aufenthaltsqualität in den Grünanlagen. Aber auch um eine partizipative Beteiligung der Mieterinnen und Mieter bei den Planungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Mieterinnen und Mieter sollten frühzeitige Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Planung, Entwicklung und Ausführung der Bauvorhaben haben.

Der Wohnungsbau und der damit zusammenhängende Zuzug von neuen Mieterinnen und Mietern hat natürlich Folgen auf die soziale Infrastruktur und den Verkehr. Deshalb setzen wir uns in der BVV mit Anträgen und Anfragen an das Bezirksamt u. a. für mehr Schulen und Kitas sowie mehr Jugend- und Senioreneinrichtungen ein. Ebenso beim Thema Verkehr und Mobilität für alle. Schwerpunkt ist dabei der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) durch eine bessere barrierefreie Erreichbarkeit und dichtere Taktzeiten.

DIE LINKE wird weiter mit den Anwohnerinitiativen und Wohnungsbaugesellschaften im Dialog bleiben und nach Lösungen suchen. Wichtig ist es dabei aber auch die entsprechenden politischen Mehrheiten zu organisieren.



● Uwe Doering
Sprecher für Stadtentwicklung
der BVV-Fraktion DIE LINKE



Foto: Philipp Wohlfeil

Köpenicker Brücken-Bau-Geschehen

Viele Köpenickerinnen und Köpenicker verfolgen das Baugeschehen an der Salvador-Allende-Brücke und an der Langen Brücke, da die Brücken einen beachtlichen Einfluss auf das Verkehrsgeschehen in Köpenick haben. Immer wieder gibt es Fragen. Hier daher die neusten Auskünfte vom Herrn über die Berliner Brücken, Herrn Huhn von der SenUVK:

Salvador-Allende-Brücke:

Mit den fertig gestellten Fuß- und Radwegbereichen zwischen den beiden Kreuzungen jeweils links und rechts der Salvador-Allende-Brücke konnte der Verkehr vollständig auf den ersten neuen Überbau der Salvador-Allende-Brücke verschwenkt werden. Aktuell finden neben den Arbeiten im Werk und in den Anschlussbereichen, insbesondere die Arbeiten der Berliner Wasserbetriebe zur Verlegung der Trinkwasserleitung statt. Anschließend können die eigentlichen Abbrucharbeiten des zweiten Brückenteils beginnen. Nach aktueller Planung wird in Abstimmung mit der Wasserstraßenverwaltung von einer Sperrung der Spree für den Rückbau des Mittelfeldes des zweiten Überbaus im Oktober 2020 ausgegangen.

Lange Brücke:

Als Mitte der 1990er-Jahre eine Sanierung der historischen Brücke anstand, wurde zunächst eine Behelfsbrücke errichtet, welche die Dahme-Überwegung während der Bauzeit sicherstellte. Die 1995 in Betrieb genommene Behelfsüberführung sollte nach einigen Jahren wieder demontiert werden, blieb jedoch zur Verkehrsentlastung bis heute erhalten. 2008 wurde die Behelfsbrücke teilweise erneuert.

Aktuell laufen die Arbeiten der BVG zur Instandsetzung der Gleisanlagen. In diesem Zusammenhang werden auch die fehlenden Arbeiten an der innenliegenden Behelfsbrücke vorgenommen, so dass nach Abschluss der Arbeiten eine Zweispurigkeit wiedergegeben ist. Die Planungen und Ausschreibungen zur Instandsetzung der außenliegenden Behelfsbrücke sind weitestgehend abgeschlossen, so dass der Beginn der Arbeiten weiterhin für Oktober 2020 vorgesehen ist. Nach Abschluss der Arbeiten im Jahr 2021 stehen wieder beide Behelfsbrücken zur Verfügung. Parallel dazu laufen die ersten Planungen zum Ersatzneubau der Langen Brücke. Im Rahmen dieses Bauvorhabens soll die historische Lange Brücke abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Das Bauwerk wurde bereits von der Denkmalliste gestrichen. Ein Termin für den Beginn des Neubaus steht noch nicht fest.

Seit wann liegt Oberschöneweide in Köpenick?

Schildbürgerstreich an der Ortsteilgrenze

Eine Korrektur ist nicht geplant

17 Jahre nach der Fusion der Bezirke Treptow und Köpenick wurden jetzt Straßenschilder aufgestellt, die die ehemalige Bezirksgrenze zwischen Treptow und Köpenick markieren. „Es ist doch absurd, zwischen Ober- und Niederschöneweide Schilder aufzustellen, auf

denen über dem Ortsteilnamen Köpenick bzw. Treptow ausgewiesen wird. Offenbar lebt die verantwortliche Senatsverkehrslenkung in der Vergangenheit“, kommentiert Philipp Wohlfeil die Antwort des Bezirksamtes auf seine Anfrage. Ihm sei ja schon immer klar ge-

wesen, dass sich nicht alle in den Senatsverwaltungen für die Bezirke interessieren. Gerade die Verkehrsverwaltung lehnt es etwa besonders hartnäckig ab, Fragen von Bezirksverordneten zu beantworten. „Aber ich hatte doch angenommen, dass sie wenigstens die Namen und die Grenzen der Bezirke kennen.“

Wie hoch die Kosten durch die zusätzlichen Schilder sind, sei nur aufwendig zu ermitteln, entschuldigt das Amt eine fehlende Antwort. Eine Korrektur ist nicht geplant.

● Joseph Rohmann

Alternativen am Dorfanger Müggelheim werden geprüft

Bezirksamt offenbar zu einem Einlenken bereit



Foto: Philipp Wohlfeil

Bedenken wegen des Denkmalschutzes zurückgestellt.

Große Aufregung hat der Neubau einer Gasdruckregelstation auf dem Dorfanger in Müggelheim verursacht. Anwohner:innen liefen Sturm gegen den schon begonnen Bau. Der Denkmalschutz des Dorfangers sei bei dem Neu-

bau nicht ausreichend beachtet, die Anwohner:innen nicht eingebunden worden. Tatsächlich hatte auch das Bezirksamt Bedenken wegen des Denkmalschutzes, diese aber zurückgestellt, das geht aus den Antworten auf Anfra-

gen von Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick und Stefanie Fuchs (DIE LINKE), Mitglied des Abgeordnetenhauses hervor. Demnach sei die Versorgungssicherheit und Bereitstellung von Infrastruktur vorrangig vor dem Denkmalschutz gewesen. Für Bürgerbeteiligung sei nicht das Amt sondern der Bauherr zuständig, heißt es aus dem Amt. Aufgrund des Protestes von Bürger:innen und Anfragen von Politiker:innen kommt es jetzt aber offenbar zu einem Einlenken im Amt. Man prüfe jetzt, ob der zwingend nötige Neubau auch an anderer Stelle errichtet werden könnte. „Wir werden diese Prüfung genau verfolgen und gegebenenfalls mit einem Antrag dieser Suche auf die Sprünge helfen“, verspricht Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE.

● Joseph Rohmann

Geld für Sprudel statt für Instandhaltung und Qualität des Essens

55.000 € für Betrieb der Wasserspender



Für alle Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderzentren und ein Gymnasium beschafft das Bezirksamt Wasserspender. Das geht aus der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, hervor. Die Kosten für das Legen von Leitungen beziffert das Amt demnach auf 55 000 Euro, für den Betrieb der Wasserspender würden die Essenslieferanten der Schulen aufkommen. Das Geld für die Einrichtung der Geräte nimmt das Bezirksamt aus den Mitteln für den baulichen Unterhalt der Schulen. Diese Mittel stehen somit nicht mehr zur Verfügung um etwa Reparaturen

oder Instandhaltungen an Sanitäranlagen oder ähnlichem durchzuführen. Bei der Aufstellung des Bezirkshaushaltes hatte die Bezirksverordnetenversammlung noch 500.000 Euro gestrichen, die für Wasserspender vorgesehen waren.

Dazu erklärt Philipp Wohlfeil:

„So schön so ein Gerät im Zweifel sein kann, bieten sie kaum einen Mehrwert. Es handelt sich um das gleiche, hervorragende Leitungswasser, das in der Schule aus jedem Wasserhahn kommt. Es wird lediglich etwas mehr gekühlt und auf Wunsch mit Sprudel versetzt. Statt das Geld dafür einzusetzen die Schulen besser in Schuss zu halten,

Foto: BA Treptow-Köpenick



Frank Bruckmann, Finanzvorstand der Berliner Wasserbetriebe und Bezirksbürgermeister Oliver Igel stellen den Wasser-Sprudler vor.

finanziert die Schulstadträtin Cornelia Flader ein teures Prestigeprojekt. Geeignete Wasserhähne für das Auffüllen von Trinkflaschen und saubere, reparierte Sanitäranlagen, die man nicht nur widerwillig besucht, hätten den gleichen

Zweck erfüllt. Die Essenslieferanten werden den Betrieb, Wartung und Reparatur der Geräte natürlich nicht kostenlos übernehmen. Das Geld wäre für eine höhere Qualität des Schulessens weitaus besser eingesetzt.“



Foto Marina Borkenhagen

Akteneinsicht für Mieter:innen

Abwendungsvereinbarungen einsehbar

Wenn Wohnhäuser in Millieuschutzgebieten die Besitzer:in wechseln sollen, hat das Bezirksamt ein Vorkaufsrecht, das die zukünftigen Besitzer:innen mit einer Abwendungsvereinbarung abwenden können, in der sie sich zu den Zielen des Millieuschutzes bekennen müssen. Diese Vereinbarung kann durch die derzeitigen und künftigen Mieter:innen des Hauses eingesehen werden. So können sie überprüfen, ob die Vorgaben im Millieuschutzgebiet eingehalten werden. Zum einen sind die Vermieter:innen verpflichtet, die Mieter:innen über die Abwendungsvereinbarung zu informieren, zum anderen können Mieter:innen auch beim zuständigen Bezirksamt Akteneinsicht beantragen. Aktiv veröffentlichten darf das Amt diesen Vertrag jedoch nicht, wie aus der Antwort auf

eine Anfrage von Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE, hervorgeht.

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

www.linksfraktion-tk.de

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. August 2020.
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Do. 3. September 2020.
Redaktionsschluss dafür: 25.8.20

Zu ihrem 20. Todestag hat die Linksfraktion Treptow Köpenick durch ihren Vorsitzenden Philipp Wohlfeil, gemeinsam mit dem BdA Treptow, dem Bürgerkomitee Plänterwald, ihrem Sohn Peter Beurton und ihrem Neffen Thomas Kuczynski die Schriftstellerin Ruth Werner auf dem Friedhof Baumschulenweg geehrt.



Zenner kommt wieder

Das traditionsreiche Gasthaus Zenner, nach Insolvenz seit Ende vergangenen Jahres nicht mehr bewirtschaftet, soll wieder auferstehen. Ende Juli unterzeichneten Bürgermeister Igel und Vertreter der Trebow GmbH einen 25jährigen Vertrag. Die Geschäftsführer des Unternehmens sind seit zwei Jahrzehnten in der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche tätig. Im Haus Zenner soll es zukünftig Kulturangebote wie Konzerte und Ausstellungen geben. Doch los geht es erst im kommenden Jahr, da der Gebäudekomplex umfassend saniert werden muss. Die Schriftzüge „Eierschale“ sollen übrigens verschwinden. Im Sommer 2021 soll zunächst der Biergarten mit 1500 Sitzplätzen wiedereröffnen.

Sprechstunde stellv. Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Jugend Gernot Klemm

Dienstag, 18.8.2020,
16.00 – 17.30 Uhr (nur telefonisch)
Anmeldung unter:
(030) 902 97-61 00

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag + Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39
kontakt@fuchs-stefanie.de

Öffnungszeiten:

Persönliche Termine aktuell nur
nach vorheriger Vereinbarung

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

Sprechzeiten vor Ort: um vorherige
Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Do, Fr 10.00 – 14.00 Uhr
Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag 13.00 – 16.30 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

www.linksfraktion-tk.de

www.facebook.com/linksfraktiontk

www.twitter.com/linksfraktiontk

www.instagram.com/linksfraktiontk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei
DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. August 2020.

Redaktionsschluss für Ausgabe September: Di 25.8.20

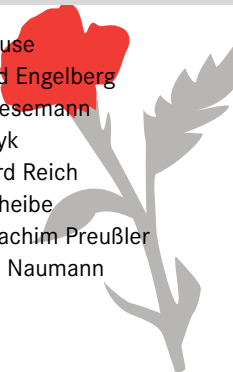
Erscheinungstag blättchen 263: Do. 3. September 2020

Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im August zum Geburtstag

65. Ilona Spröte
Uwe Scholz
85. Walter Großklaus
Wolfgang Reddmann
Horst Philipp
Lothar Witt
90. Harri Scheibe
Werner Koch
Siegfried Ittershagen

- Rita Krause
91. Waltraud Engelberg
Helga Gesemann
Ruth Leyk
92. Hildegard Reich
93. Ruth Scheibe
Hans-Joachim Preußler
101. Johanna Naumann



Was macht der Müggelschlößchenweg?

Fahrradstreifen derzeit nicht geplant

Im Verlauf meiner bisherigen Legislatur habe ich mich immer wieder mit dem Zustand und der Entwicklung des Müggelschlößchenweges in Köpenick beschäftigt. Aktuell habe ich im Rahmen einer Anfrage an den Senat folgende Informationen erhalten, bei denen sich der Senat auf das Bezirksamt Treptow-Köpenick beruft:

Die Einrichtung eines Fahrradstreifens ist derzeit nicht geplant, mit der Einrichtung ist auch in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick teilt dazu mit, dass es im Bezirk andere Prioritäten in der Radverkehrsplanung gäbe.

Meine Anfrage, wer für die Pflege des Kiesstreifens zwischen Fahrbahn und Fußgängerweg zuständig sei und wann diese erfolgen würde, wurde wie folgt beantwortet: „Der sogenannte Kiesstreifen ist eine Bewässerungsmulde. Für die Pflege ist das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt zuständig. Die gärtnerische Pflege erfolgt entsprechend der personellen Möglichkeiten. Voraussichtlich wird derzeit ein Pflegedurchgang erst im 3. Quartal erfolgen können.“

Schließlich wollte ich wissen, ob mit der Einrichtung weiterer barrierefreier Bushaltestellen zu rechnen ist. Meine Fragen wurden wie folgt beschieden: „Im Jahr 2019 erfolgte im Zuge der Gehwegarbeiten auch die Herstellung einer barrierefreien Bushaltestelle im Zugangsbereich des Krankenhauses. Die weiteren Haltestellen im Müggelschlößchenweg sind derzeit nicht barrierefrei. Für einen Umbau stehen dem Bezirk gegenwärtig keine Mittel zur Verfügung.“

Ferner erhielt ich die Auskunft, dass eine Instandsetzung der Fahrbahn erst mittelfristig vorgesehen sei.

Meine nachfolgenden Fragen betrafen die Taktverdichtung der anliegenden Buslinien. Dazu wurde mitgeteilt: „Der Müggelschlößchenweg wird durch die Buslinien X69, 165 und 269 sowie den

Nachtbus N65 befahren. In den letzten Jahren fanden erhebliche Taktverdichtungen des Busverkehrs im Bereich des Müggelschlößchenwegs statt. Die zuvor nur im 20-Minuten-Takt verkehrende Buslinie 165 fährt seit dem 03.04.2016 im Abschnitt S-Bahnhof Schöneweide und Müggelschlößchenweg an Schultagen zwischen 06:00 und 09:00 Uhr sowie von 12:30 bis 18:00 Uhr im 10-Minuten-Takt. Die jeweils im 20-Minuten-Takt verkehrenden Buslinien X69 und 269 bieten auf dem gemeinsamen befahrenen Streckenabschnitt zum S-Bahnhof Köpenick zusammen einen attraktiven 10-Minuten-Takt zu den nachfragestärksten Verkehrszeiten (Montag – Freitag 5.30 – 21 Uhr, Samstag 9–21 Uhr, Sonntag 10–21 Uhr). Die Zeiten des gemeinsamen 10-Minuten-Taktes wurden hierbei in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert. Eine darüber hinausgehende Taktverdichtung ist nicht erforderlich oder geplant.“

Zu meiner Frage, ob eine Anbindung einer Buslinie an das Allende-Center vorgesehen sei, wurde ich auf die Straßenbahnlinien 27 und 67 verwiesen. Da das Allende-Center damit gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sei, sei ein zusätzliches Busangebot für das Allende-Center nicht geplant.

Abschließend wollte ich wissen, ob all diese Entscheidungen unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern getroffen worden sind. Dies wurde mit dem Hinweis, dass es sich um Straßenunterhaltungsmaßnahmen handele, für die die Verantwortung gemäß § 7 Berliner Straßengesetz beim Straßenbaulastträger, also beim Straßen- und Grünflächenamt läge, verneint. Es ginge hier allein um die Umsetzung von rechtlichen und technischen Normen für den Straßenbau, die nicht diskutabel seien. Die Bürgerinnen und Bürger seien rechtzeitig über das Bauvorhaben informiert worden.

■ ■ Stefanie Fuchs,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Dienstag 18. August von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.
Anmeldungen bitte bei André
Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Wegen der aktuellen Situation
keine persönlichen Sprechstunden.
Stattdessen findet jeweils Freitags
von 15–16 Uhr eine Telefonsprech-
stunde statt: 80 93 27 58

Carsten Schatz, MdA

Mittwoch, 19. August von 17–19 Uhr,
Tanrisverdis, Bölschestraße 60,
12587 Berlin
Mittwoch, 2. September, 17–19 Uhr
Bürgerbüro, Friedrichshagener Straße
1, 12555 Berlin

Stefanie Fuchs, MdA

Der nächste „Fuchstreff“ findet
unter Wahrung der Hygiene-
vorschriften (bitte Mund-Nase-Schutz
mitbringen) am Mittwoch, 19. August,
11 Uhr – 12.30 Uhr im Bürgerbüro,
Allendeweg 1, statt.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung
decken zu können, ist eine Spende von
mindestens 25 Cent für jede Ausgabe
hilfreich. Allen Spendern herzlichen
Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an:
DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie
Name, Vorname und Anschrift angeben

Neues VHS-Programm

Ab sofort können alle Bildungsinter-
essierten im Bezirk Treptow-Köpenick das
neue Semesterprogramm der Volks-
hochschule in den Händen halten. Alle
Kurse im freien Programm können wie
immer online, aber auch persönlich vor
Ort, per E-Mail oder Fax sowie auf dem
Postweg gebucht werden.

Unter strengen Hygieneregeln konnte
bereits das Sommerprogramm vor Ort
am 1. Juli 2020 starten. Auch die Ange-
bote der Senioren-Universität, die sich
großen Zuspruchs erfreute, gehen wie-
der los. Der August steht noch ganz im
Zeichen unserer neuen und interessan-
ten Angebote für Teilnehmerinnen und
Teilnehmer im Bildungsurlaub sowie
Interessenten, die sich sprachlich auf
einen Auslandsaufenthalt vorbereiten
möchten. Ab 10. August 2020 beginnen
wieder unsere Integrationskurse.

Zukunft der Galerie sichern

Kreative Konzepte für Alte Schule Adlershof nötig

„Die Zukunft der einzigen kommunalen Galerie unseres Bezirkes gestaltet sich zunehmend intransparenter. Vorhaben für die Besetzung der Stelle der Galerieleitung werden nicht kommuniziert, ebenso wenig Vorstellungen einer möglichen Interimslösung für die Arbeit der Galerie während der Bauarbeiten im Gebäude der Alten Schule. Infolgedessen scheint es dringend erforderlich, hier kreative konzeptionelle Konzepte zu entwickeln, um die Zukunft der bisher sehr erfolgreichen Arbeit der Galerie zu sichern.“

Das ist die Begründung für einen von der LINKEN initiierten Antrag „Zukunft für die Galerie Alte Schule Adlershof sichern“, der noch in der letzten Sitzung der BVV vor der Sommerpause mit großer Mehrheit beschlossen wurde (Antragstext siehe Kasten). Seit dem ist nichts passiert. Die Bezirksverordnete Catrin Wahlen (Bündnis 90/Grüne) stellte begleitend schriftliche Anfragen an das Bezirksamt. Sie wollte z.B. wissen, warum die Stelle der/des Kurators/Kuratorin für die Galerie nicht neu vergeben wurde. Die lapidare Antwort des Bezirksamtes: „Es hat keine Entscheidung des Bezirksamtes zur Stellenbesetzung nach der Pensionierung der jetzigen Stelleninhaberin gegeben.“ Schlimm genug! – kann man da nur sagen. Gerüchteweise soll der neue Fachbereichsleiter Kultur und Museum diese Aufgabe mit übernehmen. Nur war diese Tatsache offensichtlich nicht Teil der Ausschreibung der Stelle, auf die er sich beworben hat. Und diese Stelle braucht

wahrhaftig engagierte Vollzeitarbeit genug, um (aus den verschiedensten Gründen) viel Liegendebliebenes aufzuarbeiten. Gar nicht zu reden von dem bevorstehenden Auszug und dennoch Weiterbetrieb der Galerie wegen der voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres anlaufenden Bauarbeiten im Gebäude der Alten Schule.

Immerhin wurde der Journalistin vom Maulbeerblatt offensichtlich schon mitgeteilt, dass die Galerie für die Zeit der Bauarbeiten in's Rathaus Johannisthal ziehen soll (siehe Artikel von Karin Schmidl „Das bisschen Galerie macht sich von allein“ im Maulbeerblatt vom 30.06.2020). Sollte das so sein, bleibt die Frage, wie das mit dem ebenfalls auf dem Gelände des Rathauses Johannisthal vorgesehenen Neubau eines Gebäudes für die Musikschule zusammen gehen soll?!

Der Bezirksverordneten Catrin Wahlen wurde auf ihre Frage nach einem Interimsstandort am 06.07.2020 mitgeteilt, dass „... derzeit finale Abstimmungen im Bezirksamt laufen, so dass dieser Ort sicher bald bekannt gegeben werden kann.“ Das ist schon ein merkwürdiger Umgang des Bezirksamtes mit den Verordneten.

Transparenz geht anders. Und das bisschen Galerie macht sich eben nicht von allein. Es kann nicht sein, dass die erfolgreiche Arbeit einer wichtigen kommunalen Kultureinrichtung durch nicht nachvollziehbare Entscheidungen des Bezirksamtes auf's Spiel gesetzt wird.

■ ■ Edith Karge

Foto: Katja Nowodworski



Natürlich könnte man ein Gemälde einfach mit einem Lichtspot von außen bestrahlen, damit man es auch im Dunkeln betrachten kann. Millionen von Kunstgalerien und -museen inszenieren ihre Ausstellungen auf diese Weise. Der Künstler Maik Nowodworski wollte es anders. Es war ihm, simpel gesprochen, „nicht genug“. Er wollte erreichen, dass die Geltung der Farben nicht verloren geht, auch wenn das natürliche Licht des Tages dem Dunkel der Nacht weicht. Dieser Wunsch hat ein leuchtendes Kraftwerk mit zweifachem Antlitz zum Vorschein gebracht. Je nachdem, ob man es mit oder ohne Hintergrundbeleuchtung anschaut, befindet man sich mitten in einem erstaunlichen Transformationsprozess. Nun gibt es in Berlin die Gelegenheit, sich von dem Werk des Künstlers hypnotisieren zu lassen. Sie sind in der Galerie Schöne Weide ausgestellt – im Dunkeln, versteht sich. Die Ausstellung „Mutausbuch – Lichtkonzeptionskunst“ ist vom 21.8. bis 24.9. zu sehen in der Galerie Schöne Weide, Wilhelminenhofstraße 48 A. Die Vernissage in Anwesenheit des Künstlers findet am 21.8. um 19 Uhr statt.

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Do 27.8. | 19.30 Uhr Konzert am Abend: Miosotis – Das Beste zum Schluss. Ein Liederabend, der mit größter Lebensfreude dem Tod ins Auge blickt – zum Sterben schön! Mit Isabel Neuenfeldt, Gesang, Akkordeon, und Giovanni Reber, Violine. Eintritt 8, ermäßigt 7 Euro. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33

So 30.8. | 13 Uhr Frauenhistorischer Spaziergang – Von der Erlebniss zur Ruben-Wolf-Straße. Stadtführung mit Claudia v. Gélieu, Politikwissenschaftlerin und Expertin der Frauengeschichte. Sechs Straßen in einem Neubauviertel in Altglienicke wurden 1997 nach Ärztinnen und eine weitere nach einer Bibliothekarin benannt. Bei einem Spaziergang im Grünen soll an die Namensgeberinnen erinnert und ihre Biografien erzählt werden. Ein-

tritt frei. Begrenzte Teilnehmerzahl, deshalb Anmeldung erforderlich: anke.armbrust@ba-tk.berlin.de. Ort: S-Bf. Grünbergallee.

POLITIK UND ENGAGEMENT

Mo 17.8. | 14 Uhr Beratung der AG Seniorinnen und Senioren, Gedankenaustausch zur Vorbereitung des Wahljahres 2021, Schwerpunkt Entwurf der Thesen zu den Wahlen, inhaltliche Schwerpunkte des Wahlkampfes in den Kiezen, Gäste aus weiteren Basisorganisationen, Vereinen und Mietervertretungen sowie neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind herzlich willkommen, Bürgerbüro Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Di 18.8. | 18 Uhr Mitgliederversammlung DIE LINKE Wahlkreis 2, Industriesalon, Reinbeckstraße 9, 12459 Berlin

Sa 29.8. | 15 Uhr Mitgliederversamm-

lung DIE LINKE Wahlkreis 1, Rathaus Treptow, Ratssaal, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

RAT UND TAT

Mo 14.9. | 17 Uhr Rechtsanwalt Kay Füllein führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per email (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030-63224357) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Di 18.8. | 18 Uhr Mitgliederversammlung Wahlkreis 2, Industriesalon,

Reinbeckstraße 9, 12459 Berlin
Sa 22.8. | 10 Uhr Landesparteitag, Estrel Convention Center, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

Sa 29.8. | 15 Uhr Mitgliederversammlung Wahlkreis 1, Rathaus Treptow, Ratssaal, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Landesarbeitsgemeinschaften

Fr 21.8. | 10 Uhr LAG Senior:innenpolitik, Karl-Liebknecht-Haus, Raum 205, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mi 26.8. | 18 Uhr LAG Politische Bildung, Karl-Liebknecht-Haus, Raum 103, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fr 28.8. | 18 Uhr LAG Bildung, Karl-Liebknecht-Haus, Raum 205, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mo 7.9. | 19 Uhr LAG Sport, Bürgerbüro, Schierker Straße 26, 12051 Berlin